

Thema des Monats

Bauindustrieverband fordert Anpassung des Landesvergabegesetzes

(brb).-Mit Befremden hat der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 3. April 2008 zur Kenntnis genommen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Jahre 2006 eine der niedersächsischen Regelung entsprechende Tariftreue-Bestimmung des Berliner Vergabegesetzes ausdrücklich für mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt hatte, ist nunmehr die Tariftreue-Regelung des Niedersächsischen Vergabegesetzes vom EuGH wegen Verstoßes gegen die Dienstleistungsfreiheit im Sinne des Europäischen Vertrages beanstandet worden.

Bevor vorschnell Konsequenzen bis hin zu der aus Kreisen der Landesregierung geforderten Abschaffung des Landesvergabegesetzes gezogen werden, sollte nach Ansicht des Verbandes zunächst einmal gründlich geprüft werden, welche Auswirkungen die Entscheidung des EuGH überhaupt hat. Dieser hat ausschließlich entschieden, dass im Ausland ansässigen Unternehmen nur die Einhaltung allgemeinverbindlich erklärter Lohntarif-Verträge der Bauwirtschaft abgefordert werden kann. Der EuGH hätte die Regelung aller Voraussicht nach nicht beanstandet, wenn nicht nur die Mindestlöhne, sondern die Lohntarife der Bauwirtschaft insgesamt allgemeinverbindlich wären. Unabhängig vom Ergebnis der Prüfung möglicher Konsequenzen aus der Entscheidung des EuGH fordert der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen von der Niedersächsischen Landesregierung und wegen der gleichlautenden Regelung im dortigen Vergabegesetz auch vom Bremer Senat, gemeinsam mit den Bau-Wirtschaftsverbänden, Lösungen zu finden, mit denen die tarifrechtlichen Vorgaben des in seinen übrigen Teilen zudem unbeanstandeten Landesvergabegesetzes europafest formuliert werden.

Nach Meinung des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen müssen Politik, Bauwirtschaft und Verwaltung auch in Ansehung des EuGH-Urteils für die Zukunft Wege suchen, um Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten heimischer Baubetriebe und damit einhergehende Gefährdungen von Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft zu verhindern.

Das Ende des Wohnungsbau-Booms

(brb).-Der Wohnungsbau in Europa erlebte 2006 und 2007 zwei Spitzenjahre. Nach den Analysen der Euroconstruct-Institute erreichte das Bauvolumen in beiden Jahren jeweils rund 685 Milliarden Euro. Das ist bereits knapp die Hälfte der insgesamt getätigten Baumaßnahmen. Anhaltend niedrige Zinsen – und damit überaus günstige Finanzierungsbedingungen – sowie zusätzliche Nachfragen aufgrund steigender Haushaltszahlen führten nicht nur zu einer lebhaften Bautätigkeit, sondern auch zu steigenden Immobilienpreisen. Die einzige Ausnahme bildete lediglich Deutschland.

Die in vielen Ländern hohen Immobilienpreise stabilisierten zusammen mit der deutlich verbesserten Wohnungsversorgung durch die umfangreichen Neubauten

in den letzten Jahren im vergangenen Jahr die Wohnungsbautätigkeit auf hohem Niveau.

Die Prognosen für die Jahre 2008 – 2010 deuten auf eine spürbare Konsolidierung der in einigen Ländern sichtlich überhitzten Märkte hin. Nach rund 2,6 Millionen Wohnungsfertigstellungen im Jahr 2007 dürften es 2010 rund 250.000 weniger sein. Dabei wird es insbesondere in den Ländern, die die höchsten Wachstumsraten zu verzeichnen hatten, die stärksten Rückgänge geben. Dies sind an erster Stelle Irland und Spanien, wo allein in den 4 Jahren von 2004 – 2007 knapp 3 Millionen Wohnungen errichtet wurden. Das Euroconstruct-Netzwerk von Forschungsinstituten umfasst derzeit außer den Ländern der alten Europäischen Union – ohne Griechenland und Luxemburg – Tschechien, Slowakei, Ungarn und Polen sowie die Nicht-EU-Länder Norwegen und Schweden.

Überblick

1 Thema des Monats:

Bauindustrieverband fordert Anpassung des Landesvergabegesetzes

Das Ende des Wohnungsbau-Booms

2 Kommentar:

Genau hingeschaut

3 Forum Nord:

Interview

mit Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Niedersachsen

4 Trends und Märkte:

ifo aktuell

Ifo Architektenumfrage:

Weiterhin schwacher Wohnungsbau

Kurz notiert

Impressum



Kommentar:

Genau hingeschaut

(brb).-Es ist ein Kreuz mit den akademischen Titeln, die nach einem erfolgreichen Studium verliehen werden. Heutzutage muss einer bei einem Diplom schon sehr genau hinschauen, um zu erkennen, was sich tatsächlich unter dieser noch immer hoch geschätzten Bezeichnung verbirgt. Doktorhüte werden in Zukunft nicht mehr allein von den Hochschulen und Universitäten, sondern aller Voraussicht nach auch von wichtigen Forschungseinrichtungen vergeben. Längst gibt es den in Deutschland bislang ungebräuchlichen akademischen Grad Bachelor, der Studienabschlüsse vermeintlich international vergleichbar macht. Vom Master mal gar nicht zu reden.

Bei der Einführung von Bachelor und Master hat die Kultusbürokratie allerdings jene bekannten Teufel nicht ausreichend zur Kenntnis genommen, die sich in Details zu verstecken pflegen. Das ist bedauerlicherweise nicht ohne Folgen geblieben. Und mittlerweile lässt sich mit Fug und Recht behaupten, dass jenseits der Grenzen die internationale Anerkennung des mit einem Ingenieurstudium erworbenen deutschen Bachelors bereits seit Jahren auf sich warten lässt.

Im so genannten Washington Accord, einer internationalen Vereinbarung zur Akkreditierung von Hochschulabschlüssen, findet der Ingenieur-Bachelor keine Akzeptanz, weil er offensichtlich rascher als anderswo zu erlangen ist. Als Voraussetzung einer Anerkennung verlangt der Washington Accord eine Regelstudienzeit von acht Semestern. Solange sich die deutschen Akkreditierungsagenturen jedoch mit einer Studiendauer von lediglich sechs und sieben Semestern für den ersten qualifizierenden Abschluss in den Ingenieurdisziplinen zufriedener geben, wird ihnen der Beitritt zu der internationalen Vereinbarung verwehrt bleiben.

Dieser Zustand ist höchst unerfreulich und verlangt nach Entscheidungen der Kultusminister. Erst wenn sie die Regelstudienzeiten verlängern, auf acht Jahre beispielsweise für den Ingenieur-Bachelor und auf vier Jahre für den Ingenieur-Master, ist den Anforderungen des Washington Accord Genüge getan. Der Befähigung junger Ingenieure für ihren beruflichen Einstieg wäre ein solcher Beschluss übrigens nicht abträglich.

Nachgefragt

Im Gespräch mit Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Niedersachsen

Baurundblick: In der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP heißt es u. a., dass sich die Koalition zur schnelleren Realisierung von Bauvorhaben und zur Aufrechterhaltung der hohen Qualität öffentlicher Dienstleistungen für eine stärkere Nutzung projektbezogener privater Finanzierungsinstrumente (Öffentlich-private Partnerschaft) einsetzen wird.

Gibt es über das bestehende zweite Förderprogramm für PPP-Pilotprojekte bereits konkrete Vorstellung, wie dieses Ziel erreicht werden kann, z. B. durch Erlass eines PPP-Erleichterungsgesetzes nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins?

Hirche: Mit der Koalitionsvereinbarung ist der Auftrag verbunden, unsere bereits begonnenen Aktivitäten zur Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für PPP noch weiter auszubauen. Dies bedeutet für mich zweierlei:

Zum einen, die überaus erfolgreiche PPP-Informationsinitiative fortzusetzen: Dazu gehören unsere Informationsveranstaltungen, insbesondere für Kommunen. Durch die intensive Arbeit der letzten Jahre können wir in diesen Veranstaltungen praxisnah eigene niedersächsische Beispiele vorstellen und darauf sind wir stolz. Zur Informationsinitiative gehört auch unser Internetportal (www.ppp.niedersachsen.de), das dem Nutzer alle wichtigen Grundlageninformationen zum Thema bietet und das bereits in anderen Bundesländern Nachahmer gefunden hat. Nicht zuletzt gehört unser 2. PPP-Förderprogramm dazu, mit dem wir 5 Pilotprojekte im Vergabeverfahren finanziell unterstützen und inhaltlich begleiten.

Auf der anderen Seite werden wir über das PPP-Kompetenznetzwerk die Zusammenarbeit mit den anderen Ministerien und den Austausch mit den Verbänden verstärken. Kommen wir hier zu der Auffassung, dass Gesetzesänderungen zur

Chancengleichheit von konventioneller Beschaffung und PPP notwendig sind, werden wir diese gemeinsam auf den Weg bringen. Aber ich füge auch hinzu: Von einem eigenen PPP-Gesetz, das lediglich Allgemeindefinitionen und politische Willensbekundungen enthält, halte ich nichts. Unser Ziel ist Bürokratie abzubauen und nicht neue Gesetze zu schaffen.

Ein weiterer Meilenstein für den PPP-Markt in Niedersachsen ist das Justizvollzugsanstalt – Projekt des Landes, das vom Finanzministerium und dem Justizministerium vorangetrieben wird. Auch hier rechnen wir mit einer breiten Signalwirkung – für die Kommunen und das Land selbst.

Baurundblick: Im Vorfeld der Landtagswahl hatten sowohl der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen als auch der Baugewerbeverband Niedersachsen die Wiederherstellung einer dauerhaften und tragfähigen Bindung der Kommunen an die Vergabeordnung für Bauleistungen (VOB/A) verlangt.

Wird die Koalition ein entsprechendes Gesetzgebungsvorhaben zügig auf den Weg bringen bzw. das Ende 2008 auslaufende Niedersächsische Vergabegesetz entfristen?

Hirche: Mit der Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) und der Einführung der neuen Gemeindehaushaltsrechts und der Kassenverordnung zum 01.01.2006 ist die Ermächtigungsgrundlage für das Innenministerium zum Erlass von Vorschriften für die Kommunen zur Regelung von öffentlichen Ausschreibungen entfallen. Bei der Vergabe von Aufträgen unterhalb von 206.000 € bei Dienst- und Lieferleistungen und 30.000 € bei Bauleistungen sind die Kommunen nicht mehr an die Beachtung des Vergaberechts gebunden. Das daraus resultierende Problem von möglichen Wettbewerbsverzerrungen und der Erstarkung eines Hoflieferantentums ist seitdem intensiv zwischen Staatskanzlei, Innenministerium und meinem Haus erörtert worden. Auch die Bauverbände haben auf das Problem hingewiesen in der Erwartung einer Änderung des jetzigen Rechtszustandes.



Forum Nord

In einem Schreiben hat Herr Ministerpräsident Wulff den Bauverbänden mitgeteilt, dass er sich in diesem Jahr für eine zügige Wiedereinführung der Ermächtigungsgrundlage in die Niedersächsische Gemeindeordnung einsetzen werde, damit die Kommunen wieder an das Vergaberecht gebunden werden.

Die Verankerung dieser entsprechenden rechtlichen Bindung der niedersächsischen Kommunen obliegt allerdings dem Verantwortungsbereich des Innenministers.

Die Frage einer Entfristung des Landesvergabegesetzes kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschließend



beantwortet werden. Ziel der Befristung war es, die Bewährung und Notwendigkeit des Gesetzes im Hinblick auf den von der Landesregierung verfolgten Bürokratieabbau kritisch zu hinterfragen. Ich werde dieses Thema in der nächsten Zeit in der Koalition erörtern.

Baurundblick: In der Koalitionsvereinbarung hat die neue Niedersächsische Landesregierung zur Anbindung aller Wirtschaftsräume des Landes und zur Verbesserung der Hinterlandanbindungen zur Stärkung der niedersächsischen Küsten mehrere Verkehrsprojekte auf eine Vorrangliste gesetzt: Ausbau der A 1, A 7 und der E 233 feste Elbquerung im Rahmen der A 20, Neubau der A 22 und A 39, Bau der A 26 sowie der Lückenschluss der A 33/A 1; im Eisenbahnbereich der Bau des dritten Gleises Lüneburg –

Stelle, Bau des zweiten Gleises ICE-Strecke Braunschweig – Gleidingen, durchgehende Zweigleisigkeit und Elektrifizierung der Strecke Wilhelmshaven – Oldenburg, die Y-Trasse.

Wie will Niedersachsen bei diesem Bundesvorhaben den Bund dazu bewegen, diese wichtigen Investitionen schneller zu finanzieren?

Hirche: Die künftig weiterhin boomenden Seecontainerverkehre erfordern es, den Ausbauzustand der Wasserstraßen und die Anbindungen der Häfen an Schiene und Straße deutlich zu verbessern. Wir wissen, dass der Hinterlandtransport ohne große Anstrengungen im Bereich des Straßenbaus und beim Ausbau der Schienenverkehrswege nicht funktionieren kann. Die vor kurzem veröffentlichte Seeverkehrsprognose des Bundes hat ein enormes Wachstum im Seegüterumschlag deutlich gemacht. Dieses gilt für die niedersächsischen Seehäfen, aber insbesondere auch für Bremerhaven und Hamburg. Deren Umschlagsmengen müssen zu großen Teilen über niedersächsisches Gebiet transportiert werden. Gemeinsam müssen wir daher schnellstmöglich zusammen mit dem Bund Lösungen finden, die dieser Aufgabe gerecht werden.

Werden diese Ausbaunotwendigkeiten, sei es auf der Schiene, auf der Straße oder auf den Wasserstraßen nicht zeitgerecht bewältigt, steuert Deutschland auf einen dramatischen Engpass bei den zur Abwicklung seines Außenhandels notwendigen Infrastrukturkapazitäten zu.

Die Ministerpräsidenten und Bürgermeister der norddeutschen Küstenländer sind daher gemeinsam auf Verkehrsminister Tiefensee zugegangen, um mit ihm die Verkehrsinfrastrukturbedarfe vor dem Hintergrund der nicht ausgewogenen Berücksichtigung norddeutscher Projekte im Rahmen des Investitionsrahmenplans und vor dem Hintergrund aktuell prognostizierter Wachstumsraten im Seeverkehr zu erörtern.

Beim jüngsten Gespräch am 06. März in Berlin wurden vom Bund und norddeutschen Ländern die Kernelemente des Ausbaus der Hinterlandverbindungen

nochmals nachdrücklich herausgestrichen und deutlich gemacht, dass sich die Wertschöpfung durch die norddeutschen Seehäfen nur sichern und steigern lässt, wenn die Sicherung der Hinterlandverkehre höchste Priorität hat.

Ich kann versichern, dass wir in dieser Thematik nicht locker lassen und den Bund weiterhin bedrängen werden. Angesichts der nationalen Dimension und des gemeinsam mit dem Bund beschlossenen Maritimen Bündnisses bin ich auch zuversichtlich, dass der Bund sich in dieser Frage bewegen wird.

Baurundblick: Aufgrund des weiter ansteigenden schweren Lkw-Verkehrs, kann der Bundesfinanzminister Einnahmen aus der Lkw-Maut verbuchen, die deutlich über den Erwartungen liegen. Die Bundesautobahnen werden dadurch aber auch einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt.

Gibt es Überlegungen in Niedersachsen, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass Unterhaltung und der Ausbau des überregionalen Straßennetzes in Abhängigkeit von der Nutzung durch die Nutzer direkt finanziert wird?

Hirche: Ihre Fragestellung läuft letztlich auf eine Einführung einer streckenbezogenen allgemeinen Maut hinaus, also auch für Pkw. Dies haben die Verkehrsminister der Länder bisher stets mehrheitlich abgelehnt. Die Bundesregierung teilt diese Haltung. Die deutschen Autofahrer sind durch hohe Benzinpreise und gestiegene Steuern schon genug belastet.

Ich bin aber wie meine Kollegen der Auffassung, dass die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur gesteigert werden müssen. Ein entsprechender Beschluss der Verkehrsministerkonferenz wurde hierüber gefasst. Angesichts der sprudelnden Einnahmen des Bundes aus der Lkw-Maut – die wegen der erwarteten Zuwachsraten im Straßengüterverkehr weiterhin steigen werden – ist hier erkennbar ein nennenswerter Spielraum vorhanden. Bundesregierung und Bundestag sind daher zum Handeln gefordert.



Trends und Märkte

ifo aktuell

März 2008: alte Bundesländer

- Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage hat sich gegenüber dem Vormonat leicht verbessert. Die Erwartungen für die nächsten 6 Monate sind günstiger als im Vormonat.
- Der Anteil der Firmen mit nicht-kostendeckenden Preisen lag im März 2008 bei 38 Prozent (März 2007: 36 Prozent).
- Die Reichweite der Auftragsbestände blieb im März 2008 mit 2,6 Monate auf Vormonatsniveau (März 2007: 2,4).
- 15 Prozent der Firmen planen in den nächsten 3 Monaten Arbeitsplätze abzubauen. Im Vorjahresmonat waren es 13 Prozent.

März 2008: neue Bundesländer

- Die aktuelle Geschäftslage und die Erwartungen für die nächsten 6 Monate haben sich im Vergleich zum Vormonat leicht verbessert.
- Nichtkostendeckende Preise haben im März 2008 42 Prozent der Firmen gemeldet (März 2007: 39 Prozent).
- Die Reichweite der Auftragsbestände betrug im März 2008 2,1 Monate (Februar 2008: 1,9/März 2007: 1,8).
- 15 Prozent der Firmen planen in den nächsten 3 Monaten einen Stellenabbau (Februar 2008: 19 Prozent, März 2007: 14 Prozent).

Ifo Architektenumfrage:

Weiterhin schwacher Wohnungsbau

(brb).-Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Umfrage des ifo Instituts bei den freischaffenden Architekten in West- und Ostdeutschland hat sich das Geschäftsklima – das sich aus dem Mittelwert der Ergebnisse für die Beurteilung der aktuellen sowie der voraussichtlichen Auftragsituation errechnet – zu Beginn des vierten Quartals 2007 gegenüber dem Vorquartal nicht verändert.

Die Urteile der derzeitigen Auftragsituation verbesserten sich erneut. Der Anteil der Testteilnehmer, die ihre aktuelle Geschäftslage als „schlecht“ bezeichneten, stieg zwar leicht von 36 auf 38 Prozent; der Anteil der „gut“-Meldungen war mit 26 Prozent jedoch so hoch wie letztmals vor zwölf Jahren.

Die Perspektiven trübten sich dagegen im Berichtszeitraum etwas ein. Nach der erheblich verbesserten Einschätzung der Geschäftsaussichten zu Beginn des Jahres 2007 sind die Erwartungen nun wieder merklich gedämpfter. Zwar ging weiterhin jeder achte Testteilnehmer von einer „eher günstigeren“ Auftragsituation in etwa einem halben Jahr aus. Der Anteil der Architekten, die eine „eher ungünstigere“ Entwicklung erwarteten, stieg jedoch gleichzeitig von 21 auf 24 Prozent.

Kurz notiert

(brb).-Im Dezember 2007 sank die Zahl der genehmigten Wohnungen in den alten Bundesländern im Vorjahresvergleich um 8,4 Prozent. Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) stiegen um 35,2 Prozent und die für öffentliche Gebäude (in cbm) um 38,3 Prozent an.

In den neuen Bundesländern erhöhte sich die Zahl der genehmigten Wohnungen im Dezember 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 5,6 Prozent. Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) sanken um 3,0 Prozent und die für öffentliche Gebäude (in cbm) um 12,9 Prozent.

(brb).-Im 4. Quartal 2007 wurden in den alten Bundesländern 474 Insolvenzen im Bauhauptgewerbe registriert. Das waren 2,3 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

In den neuen Bundesländern betrug die Zahl der Insolvenzen im 4. Quartal im Bauhauptgewerbe 149. Das entspricht einem Rückgang von 17,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Für das Jahr 2007 ergaben sich im westdeutschen Bauhauptgewerbe 1.703 (- 17,5 Prozent), im ostdeutschen Bauhauptgewerbe 686 (- 23,7 Prozent) Insolvenzen.

(brb).-Der Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe betrug im 4. Quartal 2007 bei Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten in den alten Bundesländern 16,4 Milliarden Euro. Das entsprach einem Zugang von real 14,7 Prozent zum Vorjahresquartal.

In den neuen Bundesländern betrug der Auftragsbestand bei Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten im 4. Quartal 2007 4,5 Milliarden Euro und lag damit real um 16,0 Prozent über dem Stand des Vorjahres.

(brb).-Im Februar 2008 sank die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen Berufen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 18,0 Prozent auf 80.759.

Die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen Berufen betrug im Februar 2008 92.481. Sie lag damit um 14,4 Prozent unter dem Stand des Vorjahres.

Impressum

Druckerei Gebrüder Hölte GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (05 11) 70 08 60
Telefax (05 11) 7 00 86 86
ISDN (05 11) 7 00 86 71

Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Nachdruck, auch auszugsweise
gestattet. Quellenangabe und
Belegexemplare erbeten.